

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigensätze sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Verlagsdruck: Dönhofs 202-203
Tel.-Nr.: 2022

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Verlagsdruck: Dönhofs 2006-2507

Die Regierungskrise.

Wird Ludendorff Minister?

Die Richtlinien für ein Regierungsprogramm, die der Reichskanzler ausgearbeitet hat, sind bisher nicht bekanntgegeben worden. Auch die Fraktionen, die morgen tagen sollen, sind noch ohne Kenntnis von ihnen. Es läßt sich aber jetzt schon voraussagen, daß sie recht allgemein gehalten sein werden, und daß sich Wünsche auf ihre Präzisierung und Erweiterung geltend machen werden. Schließlich aber läme es darauf an, in welchem Geiste sie zur Ausführung gelangen werden, entstände die Frage, ob man zu der Regierung in der geplanten Zusammensetzung das Vertrauen haben könnte, daß sie mit ihren Verpflichtungen ernst machen würde. Es ist ein langer Weg...

Mit einem neuen Vorschlag hat die „Kreuzzeitung“ aufzumachen. Sie schreibt:

„Als sein Ziel hat Dr. Marx die große Volksgemeinschaft bezeichnet. Aller Voraussicht nach wird dieser Gedanke in den „Richtlinien“ des Kanzlers wiederkehren. Wir verstehen unter einer wahren Volksgemeinschaft eine christlich-nationale Bestimmungsgemeinschaft gegen jedweden Klassenkampf, wie ihn die Sozialdemokratie nach wie vor propagiert. Wenn nun Dr. Marx trotz alledem die Sozialdemokratie in die von ihm in Aussicht genommene Volksgemeinschaft einbeziehen will, so möchten wir demgegenüber doch die Frage aufwerfen, ob es nicht schon mit Rücksicht auf die bei den Wahlen am 4. Mai zutrage getretene Volksstimmung

eine größere Berechtigung hätte, die nationalsozialistische Freiheitspartei mit in diese große Volksgemeinschaft aufzunehmen als die klassenkämpferische Sozialdemokratie.

Damit ist zwar noch nicht die neue Regierung fertig, sicher aber die neue kommunistische Parole für morgen: „Der Block von Ludendorff bis Crispian.“ Indessen, wenn die „Kreuzzeitung“, demokratisch, wie sie nun einmal ist, auf die „Volksstimmung“ so zärtlich Rücksicht nimmt, wäre es da nicht besser, bevor man Ludendorff, Hergt und Tirpitz zu Ministern macht, die Volksstimmung noch einmal zu ergründen?

Heute nachmittag Uebermittlung der Richtlinien.

Wie die U. erfährt, werden die vom Reichskanzler ausgearbeiteten Richtlinien den Parteiführern am heutigen Dienstagnachmittag zugestellt. Die demokratische Fraktion hat ihre für heute angesetzte Sitzung um morgen verschoben. Das Zentrum wird Mittwoch vormittag um 10 Uhr zusammentreten, die Sitzung der Demokraten beginnt um 11 Uhr, die der Sozialdemokraten um 2 Uhr, der Deutschen Volkspartei um 4 Uhr und die der Deutschnationalen um 5 Uhr. Den Beratungen der Fraktionen werden die neuen „Richtlinien“ des Reichskanzlers zu Grunde gelegt.

Englands innere Krise.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, Anfang Oktober.

Als das englische Parlament im Juli auf Urlaub ging, war für Anfang Oktober nur eine kurze, ausschließlich Irland gewidmete Session geplant; nach Erledigung der irischen Gesetzgebung sollte das Unterhaus wieder auf Urlaub gehen, um Ende Oktober die Winterarbeit wieder aufzunehmen. Nun aber ist die Krise mitten in die irische Gesetzgebungsarbeit hineingekracht. Die Situation ist parlamentarisch ausweglos geworden, und es fragt sich heute nicht mehr, ob sich das Land im Laufe des Herbstes oder Winters vor Neuwahlen gestellt sehen würde oder nicht, sondern lediglich, ob die Entscheidung über das Schicksal der Regierung am Mittwoch oder erst in fünf Wochen fallen wird, ob Neuwahlen für Anfang November oder Anfang Dezember zu erwarten sind. Die Krise ist da, ein Zurück unmöglich.

Wie kam's? Seit dem Ende der Sommer-session sah es innerpolitisch von Woche zu Woche anders aus. Zuerst schien ein Sturz der Regierung über den russischen Frieden gemahnt. Doch die Erregung ließ wieder nach, die City hatte den Parteien deutlich zu verstehen gegeben, daß im Interesse einer wirtschaftlichen Besserung Neuwahlen höchst unerwünscht seien. Der russische Vertrag erschien plötzlich als das kleinere Übel. Dann kam das Fortissimo der Lloyd-Georges-Posaune, das bedächtige Fortes des Briefes von Asquith. Die Entscheidung schien gefallen. Am letzten September-Sonntag änderte sich die Situation wieder, als Macdonald in seiner Derby-Rede den Forderungen Asquiths weit entgegenkam und den Liberalen jene goldene Brücke baute, die sie allgemein zu wünschen schienen. Die Presse der Liberalen bilde denn auch zum Rückzug. Doch schon am Mittwoch brach aus dem aufgetürmten politischen Himmel der Sturm los, der am Donnerstag die Wandelhalle des Unterhauses und die Fraktionszimmer der Parteien in eine geradezu unenglische, reichstagsähnliche Nervosität versetzte. Als sich am Donnerstag das Unterhaus vertagte, war die Nervosität verflogen, aber die Krise geblieben.

Was war geschehen? Die Liberalen und Konservativen hatten am Mittwoch Fraktions-sitzungen abgehalten. Die Liberalen beschloßen, den englisch-russischen Frieden in der heutigen Form, d. h. mit der Regierungsgarantie für die an Rußland zu gewährende Anleihe, abzulehnen. Gleichzeitig einigten sich die Konservativen, eine Art von Mißtrauensantrag — „a vote of censure“ — im Unterhaus einzubringen: das Verhalten der Regierung seiner Majestät in Sachen Einleitung und späterer Zurückziehung der Strafverfolgung gegen den verantwortlichen Redakteur des (kommunistischen) „Workers Weekly“ (Arbeiter-Wochenblatt) erfordere eine Rüge dieses Hauses. Auch die Liberalen einigten sich am selben Abend über den Fall Campbell-Hastings dahin, einem „vernünftigen Votum“ der Konservativen zuzustimmen.

Dieser Fall Campbell-Hastings ist, gemein an den schwerwiegenden außen- und innerpolitischen Fragen, denen sich die Regierung Tag für Tag gegenübersteht, eine Lappalie, über die man unter anderen Umständen zur Tagesordnung übergegangen wäre. „Workers Weekly“, die einzige politische Zeitung der Kommunisten, ein Wochenblatt mit einer Auflageziffer von höchstens 40 000 Exemplaren, hatte einen jener typischen kommunistischen Aufrufe an die britische Wehrmacht gebracht, in denen die Soldaten aufgefordert werden, sich weder zu imperialistischen Kriegen, noch bei Streiks gegen die Klassengenossen mißbrauchen zu lassen, sondern die Arbeiterklasse bei ihrem Endkampf gegen den Kapitalismus zu unterstützen. Dieser Aufruf hatte zur Einleitung einer Strafverfolgung gegen den verantwortlichen Redakteur Campbell geführt, wobei sich aber herausstellte, daß dieser nur ein vorgegebener Strohhalm war, daß aber den englischen Kommunisten dieser Fall als Gelegenheit, endlich zu einem Märtyrer zu kommen, höchst willkommen war.

Sir Patrick Hastings, der Generalstaatsanwalt, einer der hervorragendsten englischen Juristen der jüngeren Generation — übrigens im Range eines Ministers —, entschloß sich schließlich aus juristischen, aber auch aus staatspolitischen Erwägungen zur Einstellung des Prozesses. Dieser Vorgang ist seinerzeit ohne viel Aufsehens von der englischen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden. Heute wird er plötzlich, als ein unerhörter Eingriff in die britische Justiz-hoheit von den bürgerlichen Parteien maßlos aufgebauscht.

Als am Donnerstag klar wurde, daß eine Unterstützung der konservativen Mißtrauensformel durch die Liberalen zu einer sofortigen Regierungskrise innerhalb weniger Tage führen müßte, da entschlossen sich die Liberalen, die konservative Formel nicht als „vernünftig“ anzusehen und beschloßen lediglich, im Unterhaus eine parlamentarische Untersuchungskommission über den Fall Campbell zu beantragen.

Für die weitere Abwicklung der Krise ergeben sich nunmehr folgende Möglichkeiten: Es bleibt zunächst ungewiß, ob der allmächtige Speaker (Präsident) die Einbringung dieses liberalen Antrags überhaupt gestatten wird. Läßt er es nicht zu, so entsteht die Frage: Werden die Liberalen, und in welchem Ausmaß, für den konservativen Mißtrauensantrag stimmen? Läßt er es aber zu: werden dann die Konservativen für den liberalen Antrag auf Einsetzung einer Kommission stimmen? Stimmen aber die Konservativen für den zugelassenen Antrag der Liberalen auf Einsetzung einer solchen Kommission, so ergibt sich die Frage, ob die Regierung den liberalen Antrag als einen Mißtrauens-

Vor Neuwahlen in England.

Kampfbereitschaft der Arbeiterpartei.

London, 7. Oktober. (WTB.) Die heutige Morgenpresse erwartet mit Bestimmtheit für morgen den Sturz der Regierung und darauffolgende Neuwahlen. „Daily Telegraph“ zufolge bedeutet der gestern gefaßte Beschluß des Kabinetts, daß die Regierung bei der morgigen Unterhausdebatte über den Campbell-Fall eine Niederlage erleiden wolle. „Times“ schreibt, das Kabinett habe gestern einen folgenschweren Beschluß gefaßt, nach dem sofortige Neuwahlen unvermeidlich seien, es sei denn, daß die Liberalen den von ihnen im Campbell-Fall eingenommenen Standpunkt vollkommen aufgeben. Es verlautete jedoch gestern von unterrichteter Seite, daß der liberale Antrag unter keinen Umständen zurückgezogen werden würde. Macdonalds Rede auf der heute vormittag stattfindenden Arbeiterpartei-Konferenz werde zweifellos als eine offizielle Eröffnung des Wahlfeldzuges anzusehen sein. „Daily Herald“ schreibt: Die Arbeiterpartei wird kämpfen. Dies ist der Sinn des Kabinettsbeschlusses, der einstimmige und begeisterte Unterstützung der Arbeiterbewegung findet.

Die französische Völkerbundantwort.

Paris, 7. Oktober. (WTB.) Zu der französischen Note über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schreibt „Journal“, Herriot erkläre, er zögere nicht, festzustellen, daß, wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, es sofort den Rang einer Großmacht einnehmen würde. Das wolle zum mindesten bezogen, Frankreich werden sich nicht widersetzen, daß Deutschland im Völkerbundrat einen ständigen Sitz erhalte, und das könne sogar bedeuten, daß Deutschland auch an den Kolonialmandaten teilnehmen werde.

„Deuxre“ schreibt, die französische Regierung hätte Deutschland an die Vollversammlung des Völkerbundes verweisen können, das wäre unhöflich und ungeschickt gewesen. Frankreich habe es vorgezogen, Deutschland die Versicherung zu geben, daß es glücklich wäre, wenn Deutschland in den Völkerbund eintreten würde, und daß es angesichts der Bedeutung des deutschen Staates sich nicht seiner ständigen Vertretung im Völkerbundrat widersetzen werde. Die französische Regierung habe die Genugtuung gehabt, daß ihre These von England und Belgien geteilt werde; die Antworten, die aus London und Brüssel an Berlin gehen werden, seien von dem gleichen Geiste eingegeben.

„Peuple“ sagt, nunmehr habe die deutsche Regierung das Wort. Zwar hätte eine Genfer Depesche schon eine außerordentliche Session des Völkerbundes im Dezember angekündigt, aber das scheint eine etwas verfrühte Nachricht zu sein, denn augenblicklich hängt alles von der Lösung der innerpolitischen Krisis in Deutschland ab.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen entwickelte am Montag der Direktor der Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes Ser-rus den französischen Standpunkt und setzte auseinander, daß das deutsche und das französische System sich gegenseitig widersprächen. Er fügte hinzu, daß Frankreich die Meistbegünstigungsklausel nur für gewisse Erzeugnisse gewähren könnte und nur auf der Grundlage einer tatsächlichen Gleichberechtigung.

Die Revolte der Kardinäle.

Paris, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Erzbischof von Bordeaux, Kardinal Andrieu, hat in einem Schreiben an die Presse eine außerordentlich scharfe Erwiderung auf die Antwort Herriots an die Kardinäle veröffentlicht, in dem er u. a. sagt, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die Laienregierung als nicht vorhanden angesehen werden müsse, weil sie verfassungsmäßig sei.

Die Oppositionsbewegung in Italien.

Die Liberalen gegen Mussolini.

Rom, 7. Oktober. (U.) Gestern hielt der Kongreß der liberalen Partei Italiens seine letzte Sitzung ab. Eine Tagesordnung Ricci für ein Zusammenarbeiten mit der Regierung wurde mit 23 000 gegen 10 880 Stimmen abgelehnt. Demgegenüber hat der Kongreß eine Tagesordnung angenommen, in der gefordert wird: 1. Der Staat muß der Parteherrschaft entzogen werden. 2. Die Trennung der Gewalten muß rücksichtslos respektiert werden. 3. Die einzige legitime Grundlage der Regierung ist der in konstitutioneller Form zum Ausdruck gebrachte Wille des Volkes. 4. Die Verfügung über die nationale Armee bleibt ausschließlich dem Staate vorbehalten. Die Arme darf nicht den Charakter einer Parteiluppe annehmen. 5. Die lokalen Institutionen bleiben den von den Bürgern gewählten Verwaltungskörpern vorbehalten.

Sozialistenverfolgungen in Ungarn.

Auflösung zahlreicher Versammlungen.

Budapest, 7. Oktober. (U.) Die Sozialdemokraten veranstalteten am Samstag zahlreiche Versammlungen, von denen die meisten polizeilich aufgelöst wurden. In Budapest wollte der sozialdemokratische Abgeordnete Rajenstein zu den deutschen Wählern in deutscher Sprache sprechen, aber der anwesende Polizeibeamte erlaubte dies nicht. Unter den Deutschen herrschte über dieses Eingreifen des Polizeibeamten große Empörung. Darauf sprach der Abgeordnete Emmerich ungarisch über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament.

Die Tragödie Georgiens.

Fortdauer der Kämpfe.

London, 7. Oktober. (U.) „Daily Telegraph“ erfährt aus Trapezunt, daß die Kämpfe in Georgien mit Erbitterung fortgesetzt werden. Eine Abteilung kassändischer Soldaten in den Bergen der Provinz Suanethien 500 Mann der Sowjettruppen gefangen und erbeutete viele Maschinengewehre und mehrere Batterien. Die Stadt Dzurgethy wurde von den Georgiern eingenommen. Zweihundert Geiseln, die von den Bolschewisten mitgeschleppt wurden, konnten befreit werden. Georgische Streikkräfte von etwa 3000 Mann, die erneut Verstärkungen erhalten, treiben die Sowjettruppen aus den Bergen von Mingrelen und stehen vor der Festung Poti. Die Transportzüge der Strecke Batum-Tiflis wurden von den kassändischen zu wiederholten Malen erbeutet, wobei ihnen viel Waffenmaterial in die Hände fiel. Die großen Röhrenleitungen für Petroleum sind an mehreren Stellen durch Sprengungen zerstört.

Die Sowjetregierung hat alle Schiffe beschlagnahmen lassen, um möglichst schnell Truppen nach Georgien zu werfen, da der Truppentransport auf der Kaukasusbahn zu unsicher ist. Mehr als 100 000 Mann Sowjettruppen sollen seit Beginn des Aufstandes nach dem Kaukasus entsandt worden sein. Die Einziehung der Naturalabgaben und die Requisitionen von Getreide durch die Bolschewisten stoßen auf den bestigsten Widerstand der Landbevölkerung.

Die ostchinesische Bahn in Sowjetbesitz.

Der Preis für die Unterstützung Tschangsolins.

Paris, 7. Oktober. (U.) Nach einer Meldung der „United Press“ aus Moskau ist die gesamte Verwaltung der chinesischen Ostbahnen kraft des am 20. September zwischen Tschangsolin und der Sowjetregierung getroffenen Abkommens am Sonnabend in die Hände der Sowjetregierung übergegangen. Der bisherige Aufsichtsrat der Eisenbahngesellschaft ist verhaftet worden. Zum Direktor haben die Sowjets den Eisenbahningenieur Joanoff ernannt.

antrag auffassen, oder ob sie dem Verlangen der Opposition stattgeben wird. Aber damit noch nicht genug: Entschließt sie sich, den Antrag auf Einsetzung einer Kommission als Mißtrauensvotum aufzufassen — was geschieht dann? Wird die Krone in diesem Fall dem Rat Macdonalds, das Unterhaus aufzulösen, stattgeben? Das steht keineswegs fest, denn die Auflösung des Unterhauses auf Grund der Lappale Campbell-Hastings wäre ohne Beispiel. Oder wird die Krone einen Regierungswechsel ohne Neuwahlen durchzuführen versuchen? Wird in diesem letzteren Fall Macdonald die Geschäfte so lange führen, bis die irische Gesetzgebung unter Dach ist, oder wird die Bildung einer liberalen Eintagsregierung notwendig, da die Konservativen der irischen Lösung, wie sie von der Parlamentsmehrheit gewünscht wird, entgegengekehrt sind?

All diese Möglichkeiten werden sich in den nächsten Tagen entscheiden, dürfen indes den Blick nicht von der Tatsache ablenken, daß die Regierung auf jeden Fall entweder schon im Laufe dieser Woche oder im Laufe des November fallen wird. Es ist keine Kunst, eine Minderheitsregierung in diese Situation hineinzumandrieren, und es war von jeher nur eine Frage der Zeit, wann für die Regierung Macdonald dieser Augenblick gekommen sein wird. Er ist nunmehr da. Das Ob ist entschieden, das Wann noch offen. Daß sich die Regierung mit einem Male vor zwei entscheidende Fragen gestellt sieht, beweist, daß die Situation im parlamentarischen Sinn für die Entscheidung reif ist. Noch kann die Arbeiterregierung allerdings bestimmen, ob sie die Entscheidung schon in wenigen Tagen oder erst im November herbeiführen will. In den Kreisen der Labour Party herrscht angesichts der Tatsache, daß ihr Aufmarsch zum Wahlkampf weiter fortgeschritten ist, als der der beiden anderen Parteien, die Meinung vor, daß es das taktisch Klügere wäre, jegliche Art von Erklärung der bürgerlichen Parteien in Sachen Campbell-Hastings als Mißtrauensvotum zu betrachten, die Entscheidung zu forcieren, den König von der Notwendigkeit der Auflösung zu überzeugen und sich dem Land zu stellen.

Potsdamer Marne Schlacht.

Die „Nationalkommunisten“ weinen.

In den nationalsozialistischen Kreisen herrscht tiefe Betrübniß. Zum ersten Male haben sie in Potsdam lernen gelernt, daß „Gummiflüßel“ nicht nur für renitente Kommunisten da sind, wie Severing ihnen im Vordage angekündigt hatte. In Potsdam „schloß die Volkspolizei“, wenn man den großspürigen Rundgebungen der nationalsozialistischen Verbände glauben schenken wollte. Man muß sich in Erinnerung rufen, mit wie hohen Tönen all die Verbände ihre Aktivität angekündigt hatten. In einer einzigen Nummer der „Potsdamer Tageszeitung“ waren nicht weniger als fünf Inserate, in denen zur Störung der Friedensstimmung aufgefordert wurde. Der „Stahlhelm“ z. B. machte bekannt:

„Laut Zeitungsnachrichten soll Montagabend ein Franzose in Potsdam die Schuld Deutschlands am Kriege erneut verkünden. Der Stahlhelm wird diesen Schlag gegen deutsche Ehre in Potsdam nicht zulassen.“

Auch der Jungdeutsche Orden war natürlich zur Stelle. Er verkündete:

„Ein Franzose soll am Montag in unserm Potsdam reden. Wir werden den Weg finden, um diese unerhörte Beleidigung abzuwehren. Wer fernbleibt, ist nicht wert Potsdamer zu sein. Haltet euch bereit!“

Was ist aus alledem geworden? Als der Staat wirklich einmal seine Rachmittel einsetzte und die Schupo zum Schutze einer genehmigten Versammlung aufmarschieren ließ, da standen die ganzen großspürigen Kadetten schmolzend heile und schimpften über die „Schmach“, daß ein deutscher Minister eine Versammlung unter seinem Schutze stelle und daß das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sich zu einer Schutztruppe der Franzosen entwickle! Sie hatten vorherlich versprochen, auf jeden Fall das Auftreten französischer Redner in der Stadt Voltaire zu verhindern und mußten sich, da sie sich den Grünen und dem

Reichsbanner gegenüber haben, irgendwohin verziehen! Es blieb ihnen nichts übrig, als in einer besonderen Versammlung durch einen abgedankten General und durch den völkischen Jungdeutscher Führer Meidem auf Severing, Reichsbanner und noch einiges schimpfen zu lassen.

Ganz in diesem Stile sind auch die Berichte der Rechtspreß über die Blamose von Potsdam gehalten. Von der deutschnationalen Situations-Zeitung über die „Kreuz“ bis zur „Deutschen Zeitung“ herrscht nur ein Ton der Entrüstung darüber, daß Potsdam Gräne gegen die „Vaterländischen“ sah. Wenn die Schuppel gegen die Kommunisten aufgeben wird, erscheint es diesen Blättern ganz in der Ordnung, aber wenn sie auch — um im Stile des Reichswehrministeriums zu reden — „nationalkommunistische Haufen“ zurückweisen muß, dann finden es diese Nationalkommunisten als eine unglaubliche Belästigung. Dieselben Blätter, die sonst nicht laut genug nach polizeilichem Schutze und nach Staatsautorität rufen können, ergeben sich heute in erschrecklichen Schilderungen von der Unmenge der grünen Polizei und der Kriminalbeamten, die in Potsdam zum Schutze der Versammlung aufgetreten sei. Das Ganze ist jedoch nur eine große „Campouflagge“, um den Reinfall der Nationalkommunisten zu vermeiden.

Je mehr die Nationalsozialisten schimpfen, desto offener wollen wir anerkennen, daß die Polizei in der Abwehr des völkischen Terrors in aller Ruhe ihre Schuldigkeit getan hat und daß sich ihr Zusammenwirken mit den Mannschaften des Reichsbanners durchaus tadellos abwickelte. Das einzige, was die Terroristen erreichten, war, daß der Wirt des Konzerthauses gegenüber der Liga für Menschenrechte wortbrüchig wurde, sein Lokal mit Ketten (?) abspernte und daß er wahrscheinlich erst durch das Gerücht zu einer Konventionalstrafe verurteilt werden muß.

Im übrigen glaubt die Rechtspreß ihre Berührung nicht schärfer ausdrücken zu können, als wenn sie schreibt, daß die Versammlung, die ja verhindert werden sollte, in einer „sozialdemokratischen Kneipe“ oder wie es in einem anderen Blatte heißt, in einer „Kneipe der U.S.P.“ abgehalten werden mußte. Das Gewerkschaftshaus, die Stätte der Arbeiterorganisationen, ist für diese Burtschen immer nur die „Kneipe!“ Auch das muß man festhalten!

Der „dumme August.“

Setzen hat sich die völlige Geistesverwandtschaft der Kommunisten und der Deutschvölkischen so kraß offenbart wie anlässlich der gestrigen Verurteilung der Liga für Menschenrechte in Potsdam. Schon in der gestrigen „Roten Fahne“ wurde ganz im Stile der „Vaterländischen Verbände“ gegen Prof. Bach geheut, der als „Agent des französischen Imperialismus“ beschimpft wurde. Ebenso heulte das Kommunistenblatt gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das nach dem Vorbild der „Deutschen Tageszeitung“ als „Kollekt-Barde“ bezeichnet wurde. Dies alles wurde in einem Augenblick geschrieben, wo die „Vaterländischen“ zu einer Kraftprobe in Potsdam rüsteten und auch der kommunistische „dumme August“ hätte einsehen müssen, daß alles darauf ankam, den frechen Vorstoß der Nationalisten zurückzuweisen. Die Kommunisten jedoch zogen es vor, den Völkischen zu Hilfe zu eilen, getreu ihrem Prinzip, der Reaktion die Stieglöcher zu halten.

Heute ist die „Rote Fahne“ genau so enttäuscht über den Erfolg der Friedensstimmung in Potsdam wie ihre deutschnationalen Bundesgenossen und sucht ihrem Karger durch erneutes Schimpfen auf Prof. Bach und auf das „Reichsbanner Kollekt“ Luft zu machen. Es genügt wohl, wenn wir diese neueste Leistung des dummen August niedriger hängen!

Das Redeverbot für Bach in Bayern.

München, 7. Oktober. (II.) Zu der gestrigen Erklärung des Professors Bach, daß er trotz des Verbotes der bayerischen Staatsregierung auch in Nürnberg sprechen werde, erfährt die II. von zuständiger bayerischer Stelle, daß zwar die Versammlung der Liga für Menschenrechte in Nürnberg nicht verboten, aber dem Professor Bach unter keinen Umständen erlaubt ist, in Nürnberg öffentlich aufzutreten und zu sprechen. Dem französischen Professor steht es lediglich frei, als Privatmann nach Nürnberg zu fahren.

folgend. Ein dicker Gauner mit hervorstechend häßlicher Bißoge, der andauernd gewinnt, zieht den Einsatz zurück, als mehrere seine Mißbenutzen wollen. Der andere soll ihm nicht sein Bedr. aufhaken. Selbst der schimmliche Gottesläugner wird am Spieltisch abergläubisch. . . . Und wie der Gauner geht! Doch jetzt verliert er. . . . Die Bank geht mit dem Winde. . . . Cines Arbeiters mühsamer Wochenverdienst. . . . in drei Minuten ist er dahin; ein zweiter, dritter folgt. Noch hat er Haufen vor sich liegen von den schönen, bunten Spielmarken. . . . So sitzen hier viele Abend für Abend im rauchigen Raum, während draußen das Meer sein altes gewaltiges Lied raucht. Sie sehen nichts, sie hören nichts als Harken oder Zuschieben. . . . Berechnen nur Chancen, wenn sich die Roulette verlangsamt. Doch der Spielleiter paßt auf. Sanft aber fest ermahnt, daß die Bank verdienen will: „Mein Herr! Nichts — mehr geht!“ Der markiert den Besiegten, läßt sich den Gewinn auszahlen, geht. Nach den merkwürdigen Ehrenbezeugen der bürgerlichen Welt gilt als unfein, wer sich einen Gewinn auszahlen läßt und damit geht. Verpielen des arbeitenden Volkes Blut und Schweiß am Spieltisch gilt für vornehm, erlaubt. Und der, der Erholung bitter nötig hat, der für jede Woche ein Lebensjahr dahin geben möchte, um das blaue Meer zu sehen, in seinem silberweißen Sand die müden Glieder einmal ruhen zu können, quält sich am Schloß oder sonstwo, daß diese seinen Fleiß verpielen können, seinen Verzicht auf das blaue Meer. . . .

Ein junger Mann setzt waghalsig, gewinnt, verliert, verliert, gewinnt. Seine Augen folgen stier, fast bemühtlos den Bewegungen der Roulette. Bald gehen seine Verluste in die Substanz, wie es so schön heißt. Denn er zog gefassen die goldene Uhr heraus, der Begleiter gibt ihm lächelnd seine Brieftasche. . . . Alle übrigen Spieler verschwinden aus dem Gesichtskreis. Man hat nur noch Augen und Ohren für die No des jungen Mannes. In zwei Stunden ist er fertig. Schnell entfernt er sich mit dem Begleiter. Das Schlimmste hinterher sind nicht so sehr die Verluste, als die Augen der Nachschauenden. Marke Tier entblößt sich in Fraß und Seidenrobe. . . .

Zwei Tage später schlendert er zum Bahnhof, mit eine Fahrkarte besorgend. . . . Da wird vor mir ein Reichentransport geregelt. An verborgener Stelle badete ein Waghals, erkrankt. . . . Ich bespreche mich mit dem Gepäcksführer über die Abholung meines Gepäcks am anderen Morgen. Frage beifällig nach dem Erkranken. Sohn eines Pastors. . . .

„Das sind zu drei in diese Jahr.“
„Aber die Stelle ist doch bekannt, und die große Warnungstafel steht doch auch noch. Die Strömung lodt sie vielleicht dort, das wird es sein. . . .“

Da lächelt der Gepäcksführer eigenmächtig. Doch der junge Postbeamte, der eben den Briefkasten für den Abendzug bringt, pfeift und sagt, die Stimme des näselnden, blasferten Croupiers nachahmend: „Nichts — mehr geht!“ . . . So gehen wir —

Deutschnationaler Mohrenwäsche.

Rettungsbemühungen im Landtag.

Der Landtag lehnte heute die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums ab. Die Niederlage, die sich die Deutschnationalen bisher mit ihren Angriffen gegen den Innenminister geholt haben, veranlaßte sie, einen ihrer besten Redner vorzuschicken. Herr v. d. Osten zog alle Register. Er glaubte, wenn er die Tatlagen einfach auf den Kopf stelle, das Haus verblüffen und so die Niederlage der Deutschnationalen etwas vermindern zu können. Zunächst machte er eine Verbeugung vor Lubendorff, der gestern vom Redner des Zentrums, dem Abg. Dr. Heß an den Branger gestellt worden war. Herr v. d. Osten meinte, man müsse unterscheiden zwischen dem Politiker und dem General Lubendorff. Der General habe Disziplin geübt und sich um Deutschland unserbüßliche Verdienste erworben. (Belächler und Jurist links: keine Soldaten!) Herr v. d. Osten studie dann das Zentrum mit dem alten Popanz der Religionsfreundschaft der Sozialdemokratie zu sprechen. Dann verurteilte er, seinen Parteifreund Reppenborn herauszuweisen. Er erklärte, die Deutschnationalen seien nicht grundsätzlich gegen die Verwendung von Außenpolitikern in der Verwaltung, aber sie müßten doch über eine gewisse Kenntnis und Bildung für ihre Position verfügen. (So habe man es schon unter dem alten System in Preußen gehalten. (Freierheit.) Der Innenminister habe betont, er wolle die Autorität des Staates nach allen Seiten hin schützen; zugleich aber wolle er für die Förderung des Reichsbanners mit allen Kräften arbeiten. (Zuruf links: Soll das ein Widerspruch sein?) Die Unterdrückung des aktiven Widerstandes während des Ruhrkrieges sei ebenfalls kein Ruhmesblatt für die Große Koalition. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.)

(Schluß im Morgenblatt.)

Hitlers ausländische Gelder.

Das Ende einer Beleidigungsklage.

München, 7. Oktober. (W.B.) Vor Jahresfrist hatte Adolf Hitler gegen Stefan Großmann eine Beleidigungsklage erhoben, weil dieser im „Tagebuch“ behauptet hatte, die nationalsozialistische Bewegung werde größtenteils mit ausländischem, darunter französischem Gelde großzügig gefördert und erhalten. Der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge, wird nun dieses Verfahren durch Gerichtsbescheid eingestellt. Hitler habe die Kosten zu tragen und dem Beklagten die entstandenen Ausgaben zu ersetzen.

Neben der Beleidigungsklage gegen Großmann hatte Hitler aus demselben Grunde eine zweite Klage gegen den Vorsitzenden des Bundes „Bayern und Reich“, Dr. Bittlinger, angehängt. In dieser Sache kam es am 23. September zur Verhandlung. Bittlinger erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten und beantragte die Ladung zweier wichtiger Zeugen. Das Gericht entsprach dem Gesuch. Sollte Hitler unter dem Eindruck dieses Prozeßverlaufes die Klage gegen Großmann zurückgezogen haben? Jedenfalls gibt der bedingungslose Rückzug Hitlers zu der Vermutung Anlaß, daß die Behauptungen Großmanns, die die nationalsozialistische Bewegung aufs äußerste kompromittieren, den Tatsachen entsprechen.

Kommunistische Knütteltaktik.

Mißglücktes Attentat in Gumborn.

Hamborn, 7. Oktober. (II.) Zu Lumulischen kam es gestern in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Hamborn, in welcher der Reichstagsabg. Crispian sprach. In dem dichtgedrängten Saal hatte sich eine Sturmtruppe der kommunistischen Partei, meist junge Burtschen im Alter von 17 bis 20 Jahren, eingefunden. Sie brüllten kurz nach Beginn der Versammlung den Redner nieder und schlugen mit Gummiflüßeln und sogenannten „Hampelmännern“ um sich. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Zwei mußten blutüberströmt aus dem Saal getragen werden. Die SPD-Leute setzten sich kräftig zur Wehr und ihren vereinigten Anstrengungen gelang es, die Kommunisten aus dem Saal zu werfen. Der Abg. Crispian, der dann seine Rede fortsetzen konnte, konnte nach Schluß der Versammlung nur unter starkem Schutze seiner Parteigenossen des Lokals verlassen, da die Bedrohungen seiner Person auch auf der Straße fortgesetzt wurden.

Nichts mehr geht . . .

Von Luz.

Der Wind geht scharf; Sturm. Die Fischer fahren auch morgen nicht hinaus. . . . Träge torfste so ein Jungmann in Wasserfesteln an der Terrasse vorbei. Achtert ein häßchen nach oben. . . . Der Spielfaß. . . .

Luft, da stammt das Licht auf. Noch ist niemand da. Ich ziehe den Regenmantel um mich, luge durch den Spalt, den der unvorsichtige Diener aufsteht. . . . Wässig steht der junge, elegante Croupier, gekniet an die Bande des Grünbezogenen, zündet sich eine Zigarette an. Die schöne Croupière, die ihm Abend für Abend gegenübersteht, um vom Spielfeld zu ihrer Rechten wegzuharren, was der Bank gehört, lächelt in einem Anflug von Trübsal. . . . In der Art, wie der sonst so blasferte tuende Kollege ihr den Blick erwidert, liegt eine Trägheit begraben, deren Schluchzt begonnen hat, denn die Saison nähert sich ihrem Ende. . . . Er öffnet die gefüllte Kaffeetasse. . . .

Die ersten Spieler kommen, blicken hinein: noch leer. . . . Ziehen sich zurück zu des Barracons Bedersessel und Bettüre. Jeden Abend daselbe Versteckspiel. Keiner will der Erste sein, Schwächen offen gestehen. . . . Der Croupier kennt das. . . . wartet, bis der Barraun gefüllt. Dann schallt seine affektiert näselnde Stimme im leeren Saal:

„Meine Damen, meine Herren, das Spiel kann beginnen.“
Die Anstandspause, ehe der Erste oder die Erste — wir leben uns so langsam ins Jenseits der Gleichberechtigung hinein — die Schwelle überschreitet, füllt er mit dem Vertellen des Handwerkszeuges. Die Diener reichen die Harken, häufen die Spielmarken blau, rot, violett, weiß. Sowie sie sich wie die Pagoden ost- und westwärts postieren, sehen sich die Ersten. Jetzt wird's eilig. Denn die Stuhlreihen für Dauerpieler sind beschränkt, — und die Nacht ist lang. Nach eine Stunde und kein Apfel kann mehr zur Erde. Schweigend wird gefetzt, gewonnen, verloren. Denn das Verlieren ist immer das Beste. Nur die Stimme des Spielleiters tönt ermunternd, wenn ihm die Ansätze nicht üppig genug: „Es kann noch gefetzt werden, doch gleich geht es ab dafür!“

Seine kleinen Falkenaugen blicken sich in diesen und jenen, locken, wenn er ein Opfer entdeckt: „Guten Tag, Madame,“ mit einem schnellen Blick auf die Kunde von Schwarz und Rot, die sich bereits verlangsam, und mit markierter Verneigung fortjährend: „Sie können sehen, noch — geht —“

Geschmeichelt ob so viel Aufmerksamkeit, sie, sie allein während der sonst doch verbotenen Kunde, setzt die weißgekleidete Taube und wird des Falten Opfer. Noch warm von ihrer Hand, harkt er mit warmem Blick den Zwanzigrentenmarktstein fort.

„Ein neues Spiel! Versuchen muß man das Stück!“ Wie die Krähen hocken sie aufeinander, gierig Einharcken und Zuschieben ver-

Der Wahlsieg in Schweden.

Stockholm, Anfang Oktober. (Eigener Bericht.) Der sozialdemokratische Wahlsieg kann nicht dadurch perferiert werden, daß die beiden Rechtsgruppen, Konservativen und Bauernverband, ebenfalls einen Mandatsgewinn erzielt haben. Für den Bauernverband ist die Frage eines Stimmengewinns nur eine Frage der Wahlbeteiligung der Bauern. Diese haben bisher allerdings keine Lust an Wahlen gehabt. In den Bauerndörfern war nach 1921 die Wahlbeteiligung nur 20-35 Proz. So war es mehr eine organisatorische Aufgabe für den Bauernverband, zu höherer Stimmzahl und damit Mandatszahl zu gelangen; denn anders als Bauernverband wählt der schwedische Bauer nicht.

Politisch ist dagegen das günstige Abschneiden des Konservatismus zu bewerten. Dieser hat die Wahlschlacht mit allen verfügbaren Kräften geschlagen. Vom Parteivorsitzenden Admiral Lindhagen bis zum jüngsten Parteiführer stürzten sich die Konservativen in den Kampf mit Versammlungen, Flugblätter, Wahlzettelungen, Plakaten, vielerorts sah es aus, als gäbe es überhaupt nur zwei Parteien, Konservative und Sozialdemokraten. Das Hauptthema der konservativen Wahlpropaganda war die Militärfrage. Sehr zustimmend kam den Konservativen ein von der konservativen Regierung in letzter Stunde — sicher nicht ohne wohltaffische Absichten — herausgebrachter Bodenreformentwurf, der zwar teilweise von dem sozialdemokratischen Bodenprogramm abgeschrieben war, aber trotzdem als Beispiel für die Möglichkeit einer konservativen Regierung gepriesen wurde. Alles das trug den Konservativen einen vollen Sieg über den mangelhaften Liberalismus ein. Im Vergleich zu der Sozialdemokratie aber, des muß betont werden, sind selbst die konservativen „Sieger“ arg ins Hintertreffen geraten. Die Konservativen haben gegenüber 1921 einen Stimmzuwachs von rund 12 000, die Sozialdemokraten aber von 60 000, also fast das Fünffache erzielt. Und der Erfolg der Konservativen geht ausschließlich auf Kosten der Bürgerlichen selbst, der Liberalen, während die Sozialdemokraten ihren Stimmzuwachs wohl auch von den Kommunisten, die rund 5000 verloren, zum größten Teil aber von den Liberalen holten.

War bei den Konservativen Geschlossenheit, so bei den Liberalen Zerstückelung, Zersplitterung, Eigenbräuterei, Unklarheit. Die liberale Niederlage ist vor allem aus der Zersplitterung des schwedischen Liberalismus in der Militärfrage ersprungen. Nicht genug, daß sich die Liberalen Schwedens als Anhänger und Gegner eines Alkoholverbots in zwei Parteien, „Liberale“ und „Freisinnige“, gespalten haben, diese führten unter sich einen Kampf, der an Büt und Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Allerdings: Bis in die Reihen der Sozialdemokratie trug die Alkoholfrage ihre lähmende Wirkung, indem es an einzelnen Orten zu zwei sozialdemokratischen Listen oder zu starker Eridung der Parteizugehörigkeit kam.

Trotzdem siegte die schwedische Sozialdemokratie, siegte insofern ihres nächsten, klaren Geges, der den Rüstungswahnsinn ebenso ablehnt wie die Pflicht zur Landesverteidigung bejaht, siegte sowohl über den radikalen Fanatismus der Kommunisten wie über die Verleugung der Militarisierung der Alkoholfrage. Der schwedische Kommunismus hat seine letzte Stellung in der Hauptstadt verloren und hält sich mit ganzen fünf Abgeordneten lediglich in einigen Wärdern, wo profitierendes ausländisches Kapital die Bauernkräfte zu Minenarbeitern proletariert hat.

Nach ist nicht bekannt, was der konservative Regierungschef Tryggvör anzufangen gedenkt. Aber nicht nur die sozialdemokratischen, auch bürgerliche Wähler verlangen seinen Rücktritt. Nach der politischen Tradition Schwedens ist zu erwarten, daß der König die Sozialdemokratie als größte Partei und stärkste Gewinnerin mit der Kabinettsbildung beauftragt. Sicher wird die schwedische Sozialdemokratie einen an sie kommenden Auftrag zur Regierungsbildung nicht ablehnen. Ihre Regierung wird eine Koalitionsregierung sein, da sie ja nicht die absolute Mehrheit hat.

Der „Vorwärts“-Interviewer Herriots.

Französische Antwort an Stresemann.

Paris, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der angesehenen linksgerichteten Wochenchrift „Le Progres Civique“ (Der bürgerliche Fortschritt) heißt es: „Der deutsche Außenminister Stresemann hat Anstoß an gewissen Worten genommen, die Herriot gesprochen hat. Einem „Vorwärts“-Redakteur gegenüber nämlich hatte der französische Ministerpräsident den Wunsch geäußert, daß die Demokratie in Deutschland festen Fuß fassen. Herr Stresemann tut so, als erblicke er darin eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten. In Wirklichkeit kann davon gar keine Rede sein, da die demokratische Republik das offizielle Regime des Reiches und durch die Weimarer Verfassung festgelegt ist. Wenn die Deutsche Volkspartei gegenwärtig sich nicht nach der Reaktion orientieren und dieser den Weg zur Macht zu ebnen versuchen würde, so würde ihr Führer Stresemann nicht daran denken, sich über die Bevorzugung aufzuregen, die bei uns für die deutschen Linksparteien herrscht. Er wird sich aber damit abfinden müssen. Es sind die Linksparteien, die die Sympathien der französischen Volksmassen genießen, und es sind die Nationalisten und Junker, die Treiber zur sozialen Reaktion, zur Monarchie im Innern und zum Krieg nach außen, die bei uns Verdacht und Ekel erregen. Je tiefer die Wurzeln die Republik in Deutschland fassen wird, je mehr die Furchtlosen entmutigt sein werden, desto mehr haben die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland Aussicht, befriedigend zu wirken. Als Reichsaussenminister dürfte Herr Stresemann diese Tatsache nicht ignorieren. Es ist jedenfalls nötig, daß er unsere öffentliche Meinung richtig kennenlernt in einer Stunde, wo er selbst mit der Reaktion gegen die Demokratie gemeinsame Sache macht.“

Bankendämmerung in Oesterreich.

Eine verkrachte monarchistische Bank in Wien.

Wien hat die neue Woche mit einem neuen Bankkrach begonnen, noch ehe sich die Gemüter über die Castiglione-Affäre beruhigt haben. In diesem Falle handelt es sich um eine Bank, deren besonderes Kennzeichen der Verwaltungsrat ist und in der eine ganze Reihe alter Rottenführer sitzen, so unter anderem als Präsident der frühere Feldmarschalleutnant und Landesverteidigungsminister Karl Czapp und ein Oberst Huffarec. Die Bank haufte in einem vom Staate gemieteten Gebäude. Es gelang ihr durch ihre umfassende Vererbung etwa 2½ Milliarden Kronen an Depositionen an sich zu ziehen. Außerdem hatte sie sich erhebliche Mittel dadurch beschafft, daß sie die von ihren Kunden eingetragenen Papiere verpfändete und verkaufte. Es sind Passiven von etwa 15 Milliarden österreichischen Kronen — etwa 900 000 Goldmark — entstanden. Unter den Leidtragenden befinden sich auch die Angestellten, die ihr Septembergehalt nicht bekommen haben.

Eine besondere Note erhält der neue Banksturz dadurch, daß noch am 25. September eine englische Gruppe die Mehrheit der Aktien gekauft hat und der gegenwärtige Wächter der Bank, der holländische Generalconsul Ransen, die Haftung übernimmt. Außerdem wird ein Ministerialrat beschuldigt, dieser englischen Gesellschaft die Bank mit der falschen Angabe, daß sie mit 800 Millionen Kronen aktiv sei, empfohlen zu haben. In Wirklichkeit ist die Bank mit 15 Milliarden passiv.

Ein Vater an die Eltern.

Ein Vater bittet uns um die Veröffentlichung folgenden Schreibens, das er an die Eltern richtete:

Wer seine Kinder aus dem Einfluß der alten Schule befreien will, hat jetzt Gelegenheit dazu. Es ist nur ein kurzes Schreiben nötig, daß Ihr Euer Kind aus Gründen des Gewissens nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen lassen mößt. Und dann fügt Ihr den Antrag hinzu, Euer Kind in eine weltliche Schule umzuschulen. Für das Winterhalbjahr ist es jetzt sofort nötig, ehe am 10. Oktober die Schule wieder beginnt. Der nächste Termin wäre sonst erst wieder zum 1. April 1925. Eltern, die in Berlin wohnen (Alt-Berlin, Bezirk 1 bis 6) und in ihrer Gegend keine weltliche Schule zur Verfügung haben, stellen bei der Schuldeputation von Berlin (Stadthaus Klosterstraße) schriftlich den Antrag, daß ihr Kind noch dem und dem Bezirk in die und die Schule umgeschult werden soll, z. B. nach Nichtenberg, Spandau, Neukölln usw. Ihr könnt natürlich diesen Antrag brieflich oder mündlich auch bei dem Ratshaus des betreffenden Ortes stellen, zu dem die weltliche Schule gehört. Es muß Euch überall Rat erteilt werden.

Daß Euch nicht von den Direktoren Eurer bisherigen Schulen einschüchtern; sie werden Euch umzustimmen versuchen. Die neuen Schulen werden alljährlich von Hunderten von Gästen aus aller Welt aufgesucht, um den modernen Schulbetrieb zu studieren. In Zeitschriften und Versammlungen spricht man begeistert davon. Aber die Reaktionsäre, die mit Neid und Sorge auf die neue Schule blicken, verleumdete sie. Ein großer Augenfeldzug ist im Gange! Daß Euch nicht dadurch irreführen! Meinen sehr begabten Jungen melde ich schon vor Jahren vom Religionsunterricht ab. Was er dann als Dissident an giftigen Bemerkungen hat ausstatten müssen, ist nicht zu beschreiben. Aber er hat diesen Kampf des Protestantismus tapfer durchgeföhrt. Er bekam ein mittelmäßiges Zeugnis: in allen Fächern jahrelang bloß „genügend“. Dann ließ ich ihn in eine weltliche Schule umschulen. Dort wurde er froh, fleißig, gewandt im Denken, Sprechen und Schreiben, vor allem im Zeichnen, weil man dort seine Begabung erkannte und aus einem tüchtigen Jungen auch etwas Tüchtiges machte. Er ist jetzt nur mit den Urteilen „gut“ und „sehr gut“ entlassen worden.

Blappert also doch nicht die gemeinen Lügen der Rechtspreß nach! Ich begreife nicht, wie ein Arbeiter, der ein bißchen nachdenkt, sich noch durch Lügen und Nachbarn von diesem Schritt zurückhalten lassen kann.

Schwere Verkehrsunfälle in Weissensee.

Die Zusammenstöße überfüllten sich. An der Kreuzung der Greifswalder und Grellstraße stießen gestern Abend gegen 9¼ Uhr ein Wagen der Straßenbahnlinie 160 und ein Kohlenwagen der Firma Franz Romm, Pappelallee 63, zusammen. Der Kohlenwagen wurde durch die Elektrische etwa sechs Meter mitgeschleift, wobei der Kaufser Karl Thomas, Pappelallee 40, und sein Mitfahrer Rudolf Beier aus der Pappelallee 40, von ihren Sitzen geschleudert wurden. Man schaffte beide nach dem Krankenhaus an Friedrichshain, wo bei Thomas schwere innere Verletzungen und bei Beier innere und Kopfverletzungen festgestellt wurden. — Kurz vorher hatte sich ebenfalls in Weissensee ein schwerer Verkehrsunfall zugetragen. Nachmittags gegen 5 Uhr stießen an der Ecke Rennbahn- und Parkstraße in Weissensee ein Personenkraftwagen und eine Kraftdroschke überfällig. Verletzt wurden ihre vier Insassen.

„Palastrevolution im Leibniz-Gymnasium“.

Unter dieser Ueberschrift serviert der „Tag“ seinen Lesern ein Geschichtchen, um uneren Parteigenossen, den Oberstudien-direktor Schumann vom Leibniz-Gymnasium, einmal gehörig anzurempeln. Wir wollen versuchen, den „Anhalt“ wiederzugeben. Also: Schumann hat, behauptet der „Tag“, in der Provinz zwei Anstalten nacheinander völlig heruntergewirtschaftet und dann — offenbar, um unerschöpflich gemacht zu werden — die Leitung einer Berliner Anstalt erhalten. Auch das Leibniz-Gymnasium hat er — wohl gemerkt: er leitet es erst seit dem 1. Mai 1924! — so auf den Hund gebracht, daß „die Lebensfähigkeit in Frage gestellt“ ist und „man in eingeweihten Kreisen mit der Möglichkeit rechnet, daß das Gymnasium eingeeht“. Er versuchte, das „Morgengebet in der Aula“ abzuschaffen, wodurch er besonders die Katholiken in der Elternschaft vergrämte. Für eine beherrschende Entscheidung rüchete er sich an den Schülern, denen er sich im übrigen als Vertrauensmann für die Schulgemeinde aufdrängte. Er wies fünf Abiturienten um einer „Kleinigkeit“ willen von der Prüfung zurück. So waltete er tyrannisch seines Amtes, und die Berliner werden gut tun, unter Ausnutzung des schönen Wetters sich noch einmal die Stelle anzusehen, von der das einst blühende Leibniz-Gymnasium demnächst verschunden sein wird.

Zu dieser Darstellung des „Tag“ seien hier einige Erläuterungen gegeben. Direktor Schumann hat die früher ihm unterstellt gemessenen Anstalten, die — wie alle Gymnasien in kleinen Städten — stets mit Frequenzschwierigkeiten zu kämpfen hatten, mit einer beachtenswerten Steigerung der Schülerzahl abgeben können. Das Gymnasium zu Wittstock hat er nicht, wie der „Tag“ behauptet, von 300 auf 80, sondern von 120 auf 150 Schüler gebracht. Im Leibniz-Gymnasium, das angeblich bereits zahlreiche Schüler verlassen“ haben, betragen die Abmeldungen in den Sommersemestern 1920: 39, 1921: 46, 1922: 34, 1923: 35, 1924: 21. In den Sommersemestern steigt die Zahl der Abmeldungen nicht gering zu sein, sie war aber am niedrigsten in 1924 unter dem Direktor Schumann! Nicht einer von den 21 hat das Leibniz-Gymnasium mit einem anderen hiesigen Gymnasium vertauscht, die Abmeldungen dürften also nicht mit der Person des Direktors im Zusammenhang stehen. Zurzeit besuchen noch rund 450 Schüler die Anstalt.

Ein „Morgengebet in der Aula“, von dem der „Tag“ erzählt, gibt es am Leibniz-Gymnasium überhaupt nicht. Gegen das Klagengebet in Anwesenheit von Schülern verschiedener Konfessionen und der Dissidenten hat der Direktor Einspruch erhoben, da dieser Brauch, der übrigens mit Recht an einer ganzen Reihe von Schulen in Berlin und außerhalb abgeschafft ist, die Möglichkeit religiösen Zwanges in sich schließt. Gerade katholische Eltern haben dem Direktor erklärt, sie könnten dieses „interkonfessionelle Gebet“, zu dem die Schüler von einem andersgläubigen Lehrer aufgefordert werden, nicht als Bezeihung anerkennen. Die Entscheidung des Ministers macht die Befreiung von diesem Klagengebet abhängig von einer „Bitte“ des Erziehungsberichtigten. Direktor Schumann läßt dem Religionsunterricht gerade auch der religiösen Minderheiten jede Förderung angeheihen. Der katholische Pfarrer wie der jüdische Religionslehrer werden das bestätigen. Weder die im „Tag“ behaupteten Proteste der gesamten Elternschaft noch solche des Elternbeirats sind bisher bei einer vorgelegten Behörde eingegangen. Der Vorsitzende des Elternbeirats, Pastor Samade, hat allerdings schon im Juni beim Minister die Amtsenthebung des Direktors beantragt. Er hat als Vorsitzender des Elternbeirats und im Namen der gesamten Elternschaft zu sprechen angegeben, ohne sich auf einen Beschluß dieser Körperschaft stützen zu können. — Vom Elternbeirat zur Rechenschaft gezogen, hat er diesem erklären müssen, daß es sich um eine „rein persönliche Angelegenheit“ von ihm gehandelt habe.

Das Amt des Beraters der Schulgemeinde haben die Schüler von sich aus dem Direktor angetragen. Er hat die Annahme abgelehnt und erst, als der Schülerausschuß nach nachmaliger Beratung ihn erneut darum bat, sich einverstanden erklärt. Leider hat das Lehrerkollegium in seiner Mehrheit die Schulgemeinde sabotiert. Die Stellungnahme des „Tag“ zu der Angelegenheit der Reifeprüfung ist geradezu standlos. Der Direktor hat lediglich gewisse Feststellungen, die bei der Anfertigung der schriftlichen Arbeiten von den beauftragenden Lehrern gemacht worden waren und den Verdacht von Täuschungsabsichten einzelner Schüler weiden konnten, pflichtgemäß an die Schulaufsichtsbehörde berichtet. Alles weitere verfügte dann das Provinzialschulkollegium, und zwei Schüler wurden dann von der Prüfung ausgeschlossen. Der Direktor kann gar nicht von sich aus Schüler von der Prüfung zurückweisen. Zwei nachträglich zugelassene Schüler sind unter dem Prüfungsvorsitz des Direktors durchgefallen, und zwar auf Beschluß der Gesamtschulkommission. Gerade in demjenigen Fach, in dem der Direktor selbst prüfte, wurden ihre Leistungen als den Anforderungen entsprechend befunden.

Die Hege gegen unseren Parteigenossen Oberstudien-direktor Schumann paßt ganz zu dem, was wir in den letzten Jahren an Angriffen gegen linksgerichtete Pädagogen bei der Presse der rechtsstehenden Parteien erlebt haben. Es liegt System in dieser Hege!

Meineidsprozeß gegen einen Stadtrat.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 in Berlin hat der Spandauer unbescholtene Stadtrat Eggert, der früher Gemeindeverwalter in Staaken war, sich auf die Anklage des Meineids zu verantworten. Ueber Eggert, der verheiratet ist und mehrere Kinder hat, war in Staaken das Gerücht verbreitet worden, daß er zu einer Angestellten im Gemeindefürsorgeheim, der Fürsorge-schmester Meßger, unerlaubte Beziehungen unterhalte. Gegen die Urheberin dieses Gerüchtes, eine neben der Fürsorge-schmester wohnende Frau Bärmann, stellten Stadtrat Eggert und Schwester Meßger Strafantrag wegen Beleidigung, aber das Schöffengericht Spandau und als Berufungsinstanz auch das Landgericht 3 sprach Frau Bärmann frei. Danach wurden Eggert und Schwester Meßger, die vor Gericht unter ihrem Eid jenes Gerücht als unwohrr zurückgewiesen hätten, des Meineids angeklagt. Da die Angeklagte Meßger jetzt lungeliegend in einer württembergischen Heilanstalt liegt, so wird zunächst nur gegen Eggert verhandelt. Die Verhandlung findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Der Angeklagte Eggert bestreitet die ihm vorgeworfenen Beziehungen zur Schwester Meßger und den ihm zur Last gelegten Meineid. Frau Bärmanns angeblich von ihrer Wohnung aus gemachte Beobachtung, daß er mehrfach zur Nachtzeit in Frau Meßgers Wohnung gewesen sei, könne sich nur aus einer Personenverwechslung erklären. In der Verhandlung wurde durch den Bürgermeister Dr. Herz, den das Gericht über Eggert vernahm, zur Sprache gebracht, daß bei der Verurteilung der Gerüchte politische Gegensätze eine Rolle gespielt hätten. Eggert war früher Lehrer, trat nach der Revolution in die Sozialdemokratische Partei ein, wurde dann Gemeindeverwalter von Staaken und erhielt nach der Eingemeindung des Amt eine unbesoldeten Stadtrats in Spandau. Der als Zeuge vernommene Arzt Dr. Kornfeld aus Staaken bestritt, Urheber der Gerüchte gewesen zu sein. Er bestätigte aber, daß er Geld zu einer Sammlung für Frau Bärmanns Verteidigung im Meineidsprozeß gegeben habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Eggert eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten. Die Verteidiger wiesen auf die Unwahrscheinlichkeit der von der Zeugin Bärmann gegebenen Darstellung hin. Das Gericht beschloß eine Ortsbesichtigung der Bärmannschen Wohnung und Aussetzung der Verhandlung bis Freitag.

Die schlechte Krankenhauskost.

Die „Bereinigung sozialdemokratischer Verze“ nahen folgende Entschlüsselung an:

Wir stellen mit Entrüstung fest, daß der Aufwand für die Bestätigung der in den Groß-Berliner Krankenhäusern, Irrenanstalten und Hospitälern befindlichen Kranken gänzlich unzureichend ist. Für die tägliche Verpflegung eines Patienten im Krankenhaus stehen jetzt nur 1,10 M. zur Verfügung. Im Frieden wurden hingegen 1,30 M. bis 1,40 M. verausgabt. Berücksichtigt man, daß die Nahrungsmittel jetzt mindestens um ein Drittel teurer sind als in der Vorkriegszeit, so ist es ohne weiteres klar, daß bei einem Bestätigungslohn von 1,10 M. den Kranken mit dem Personal nur eine ganz unzureichende Ernährung geboten werden kann. Tatsächlich wird zurzeit in den großen Berliner Krankenhäusern entsprechend den Bestimmungen des Magistrats eine Kost verabreicht, die sowohl die für notwendig erachteten Nährmittelmengen, wie auch die erforderlichen Eiweiß- und Fettmengen in geradezu erschreckender Weise vermissen läßt. Wir sozialdemokratischen Verze protestieren gegen eine derartige gänzlich ungenügende Versorgung der Kranken, denen auf diese Weise die Grundlage zur Gesundung entzogen ist. Wir fordern vom Magistrat die umgehende Erhöhung der Bestätigungsätze und weisen noch besonders darauf hin, daß die städtischen Krankenkassen, die die Krankenkassen und Selbstzahler tragen müssen, um mehr als die Hälfte gestiegen sind, während dem Personal keine höheren Löhne als vor dem Kriege gezahlt werden. Eine tut not!

Der Winterfahrplan der Eisenbahnen ist am 5. Oktober in Kraft. Er bringt, wie üblich, eine Reihe wichtiger Änderungen an den meisten Strecken, namentlich besonderer Sommerzüge usw. Jeder, der aber reist, wird sich durch das neue Starm-Kursbuch vor unliebsamen Unbequemlichkeiten zu schützen. Der Sturm bringt die Ausgabe des „Tag“ (S. 2), ferner noch die bekannten neuen Nebenausgaben für die verschiedenen Verkehrs-kreise. Für den internationalen Verkehr seien demgemäß Telegraph, für Schnelzüge das Hochdruckbuch gleichzeitig empfohlen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin S. 26, 66, Stadtkreuz 2.
Nets an das Bezirkssekretariat,
2. Hof, 2. Stock, rechts, zu richten.

Morgen, Mittwoch, den 8. Oktober:

12. Abt. (Berichtigung) 7 Uhr Gruppenabend. Gruppe Wilhelm Klinge bei Schmidt, Lange Str., 6. Gruppe Krantz. Gruppe Weiser im Wöhlischen Vereinshaus, Markthstr. 88. Gruppe Feuert. Schule Lange Str. 11, Zimmer 33. Gruppe Baumann, Schule Krantzstr. 38.
14. Abt. Charlottenburg, 6 u. 7. Gruppe, 7¼ Uhr Jahlabend, Jugendheim, Koenigsstr. 4, 5. Gruppe Donnerstag, den 8. Okt., 7¼ Uhr, Hotel Büchmann, Dönhofsstr. 30.
16. Abt. Mariendorf, 7¼ Uhr Jahlabend: 1., 2. u. 7. Bez. bei Koppel, Bergstr. 7, — 4., 5. u. 6. Bez. Mariendorf, Chausseestr. 19 — 2., 9., 10. Bez. bei Finckler, Friedenstr. 6. Auch nichtorganisierte Verwandte laden Zutritt.
22. Abt. Steglitz, Jahlabend in den bekannten Lokalen.
27. Abt. Neukölln, 7 Uhr Jahlabend. Für die Bezirke 14, 20 und 30 bei Klein, Mühlendammstr. 15; Bezirke 27, 32, 33, Schule Silberstraße, Vortrag des Genossen Hoffe; Kulturabgaben der Sozialdemokratie; Bezirke 81, 41, 42, 53 bei Wolf, Ralder-Friedrich-Str. 178; Bezirke 36, 59, 72, 73 bei Dahnke, Noldenstr. 108. Für Bezirke 47, Bezirke 65, 66, 67 nehmen am Abendabend bei Dahnke, Noldenstr. 108 teil. Geschlossen! Nicht!

Jugendveranstaltungen.

Die weitere Probe zum Chorwerk „Das Rad“ findet heute, Dienstag, 8. Okt., im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Alle Jugendlichen und Genossinnen, die bisher teilgenommen haben, müssen unbedingt erscheinen. Jahrgeld wird auf Wunsch erstattet.

Achtung, Mitglieder! Die Isachardonnants werden am Freitag, den 10. d. M., von den Jubilationsfeier abgemacht. Nehmt die Gelegenheit noch wahr und zeichnet Euch bei Euren zukünftigen Abteilungsleiter ein.

